

Saarbrücken, den 23. Januar 2020

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Saarländische Kommunen funken SOS – Altschuldenhilfe jetzt, Solidarität jetzt!**

#### **Demonstration am 23. Januar 2020 in Berlin**

Ziel der saarländischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister heute in Berlin ist es, den Weg freizumachen für eine positive finanzielle und wirtschaftliche Zukunft. Dies kann nicht ohne eine weitere Entlastung der Saar-Kommunen bei den Altschulden funktionieren, wie es vom Bundesminister für Finanzen bereits angeboten. Es geht darum, die vom Grundgesetz geforderten gleichwertigen Lebensverhältnisse erreichen zu können. Das Saarland selbst ist im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit bereits mit einer Teilentschuldung durch den Saarlandpakt aktiv geworden, die saarländischen Kommunen selbst sparen seit Jahren mehr als es für ihre Attraktivität und Infrastruktur bekömmlich ist. Jetzt fehlt nur noch die Solidarität auf der Bundesebene.

Die saarländischen Kommunen haben diese Bundeshilfen und die Solidarität der anderen Bundesländer verdient. Denn ihre schwierige finanzielle Situation beruht nicht auf Misswirtschaft oder Verschwendung, sondern auf strukturellen Gründen. Sie beruht darauf,

- dass das Saarland zu Zeiten hoher eigener Wirtschaftskraft diese zweimal für nachkriegsbedingte Reparationen zur Verfügung stellen musste,
- dass das Saarland genau wie die ostdeutschen Bundesländer, zu den „neuen Bundesländern“ gehört, bei seinem Beitritt zum Bundesgebiet 1957 aber nicht mit einem Solidarpakt und den entsprechenden Mitteln zum Aufbau empfangen wurde,
- dass der Strukturwandel der Montanindustrie in den sechziger und siebziger Jahren nicht mit Strukturhilfen begleitet wurde, wie dies nunmehr zu Recht beim Braunkohleausstieg geschieht,
- und dass Vergleichbares war auch beim endgültigen Steinkohleausstieg, der im Saarland im Jahr 2012 erfolgte, nicht zu verzeichnen war.

Die genannten strukturellen Gründe haben weder das Land noch die Kommunen verschuldet, so die Experten: Der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Michael Hüther testiert rückblickend: „Das Saarland ist 1957 der Bundesrepublik zu den falschen ökonomischen Bedingungen beigetreten.“ (Die Welt, 26.08.2019), ebenso betont der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, dass „ein Schuldenerlass für Kommunen eine richtige und dringend notwendige Initiative der Bundesregierung“ ist und dass die überschuldeten Kommunen „nicht selbst Schuld an ihrer Finanzlage“ sind, sondern vor allem „ungleiche Finanzbedingungen“ und „große Unterschiede bei den Sozialausgaben, auf die Kommunen kaum Einfluss hätten“ (Handelsblatt, 21.12.2019).

Als Energie- und Industrieland hat das Saarland gleichwohl über Jahrzehnte seinen Anteil für die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Bundesrepublik erbracht und sich auch in den letzten 30 Jahren – obwohl selbst Haushaltsnotlage-Land – wie alle anderen westlichen Bundesländer gleichermaßen am „Aufbau Ost“ solidarisch beteiligt.

Nun fordern die saarländischen Kommunen, an der Spitze der Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Bürgermeister Hermann Josef Schmidt, Tholey, der stellvertretende Präsident, Oberbürgermeister Jörg Aumann, Neunkirchen sowie die Geschäftsführerin Barbara Beckmann-Roh, ihrerseits Solidarität und bitten alle Verantwortlichen:

Machen Sie den Weg frei,

- damit die vom Bundesminister für Finanzen angebotene Altschuldenhilfe des Bundes fließen „darf“,
- damit der vom Grundgesetz geforderte Zustand der gleichwertigen Lebensverhältnisse endlich auch im Saarland eintreten kann,
- damit die saarländischen Kommunen ihre Aufgaben zukunftsweisend erfüllen können, damit der zurückliegende ebenso wie der bevorstehende Strukturwandel bewältigt werden kann und
- damit das Bundesland Saarland keine „abgehängte Region“ wird.

Machen Sie den Weg frei für eine positive finanzielle und wirtschaftliche Zukunft der saarländischen Kommunen und für die grundgesetzlich geforderten gleichwertigen Lebensverhältnisse auch im ältesten der „neuen Bundesländer“.